**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

**Redaction und Expedition:** Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

**Filialen:**
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 60 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

**Annahmeschluß für Anzeigen:**
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Für die Montag-Morgen-Ausgabe: Sonnabend Mittag.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

**№ 610.** Sonntag den 15. December 1895. **89. Jahrgang.**

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Weihnachts-Packetverkehr.

Während der Zeit vom 19. bis einschließlich 24. December tritt die **Schlußzeit für die Einlieferung von Werth- und Packetsendungen** bei sämmtlichen Postanstalten in Leipzig **eine Stunde früher als gewöhnlich** ein.

Es wird ersucht, hierauf bei Einlieferung von Sendungen zur Post Rücksicht zu nehmen.

Leipzig, 14. December 1895.

**Der Kaiserliche Ober-Postdirector, Geheime Ober-Postrath. Walter.**

### Bekanntmachung.

Die **Neujahrsmesse** beginnt
**Freitag, den 3. Januar,**
und endet
**Donnerstag, den 16. Januar 1896.**
Die **Meßbörse für die Lederindustrie** wird
**Freitag, den 3. Januar,**
**Nachmittags 2 bis 4 Uhr**
im großen Saale der Neuen Börse am Bücherplatz allhier abgehalten.

Leipzig, am 2. December 1895.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 5725. Dr. Tröndlin. Lpe.

### Bekanntmachung,
**die Bildung einer neuen Parochie im Norden Alt-Leipzigs betreffend.**

Die vom hiesigen Verbande evangelisch-lutherischer Kirchgemeinden beschlossene **Begründung einer neuen Parochie im Norden Alt-Leipzigs** ist im Einverständniß mit den städtischen Körperschaften vom Evangelisch-lutherischen Landesconsistorium genehmigt worden.

Zur **Nordparochie** wird ausgepfarrt der nördlich der Partheaue gelegene Theil der Matthäiparochie bis auf den Streifen, welcher nordöstlich der Leipzig-Magdeburger Eisenbahn liegt und im Südosten von der Delitzscher Straße begrenzt wird. Dieser Streifen wird mit der Parochie Leipzig-Eutritzsch vereinigt, welche dagegen ihr südwestlich der Leipzig-Magdeburger Eisenbahn gelegenes Gebiet an die Nordparochie abgiebt.

Die Nordparochie erhält sonach folgende Umgrenzung:

1) im Süden die Partheaue,

2) im Westen die Pleiße, den Exercierplatz, diesen, das Militairlazareth und die Infanteriecasernen umgreifend, die Axe der äußeren Hallischen Straße in nördlicher Richtung bis zum Kirchweg,

3) im Norden die Axe des Kirchwegs bis zur Leipzig-Magdeburger Eisenbahn, die Bahn in südöstlicher Richtung, den Bahnkörper umgreifend, bis zur Thorstenstraße, die Axe dieser Straße bis zur Eisenbahn bei Neu-Reudnitz,

4) im Osten die Axe der Straße von Neu-Reudnitz nach Schönefeld bis zum Wilhelmsbad, dieses eingeschlossen, die Parthe in südwestlicher Richtung bis zum Ausgangspunkte unter 1.

Das so umgrenzte Nordkirchspiel wird am 1. Januar 1896 ins Leben treten, und wir machen die Gemeindeglieder der neuen Parochie schon jetzt darauf aufmerksam, daß sie in nächster Zeit durch den für die Wahl des Kirchenvorstandes zu bildenden Ausschuß zur Anmeldung der Wahlberechtigung und später zur Wahlhandlung selbst werden aufgefordert werden.

Mit der Leitung der Wahl des neuen Kirchenvorstandes und mit dem Vorsitz im Kirchenvorstande bis zur Einsetzung des künftigen Pfarrers der Nordparochie ist Herr Pfarrer D. Kaiser beauftragt worden.

Leipzig, am 11. December 1895.

**Die Kircheninspection für Leipzig.**
Ia. 5815/1967 **Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.**
D. Dank. Dr. Georgi. Dr. Just.

### Bekanntmachung.

Nach §. 4 des nachstehend abgedruckten Regulativs der Friedensstiftung sind die Unterstützungen aus dieser Stiftung am Tage des Friedensschlusses, sonach am 2. März zu vertheilen und fordern wir Diejenigen, welche um solche Unterstützungen nachsuchen wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 31. Januar 1896 mit den nöthigen Bescheinigungen bei uns einzureichen.

Spätere Anmeldungen würden für diesmal unberücksichtigt bleiben müssen.

Im Uebrigen verweisen wir auf unsere nachstehend wieder abgedruckte Bekanntmachung vom 21. Juni 1875.

Leipzig, am 2. December 1895.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Lamprecht.

### Bekanntmachung.

Nachdem wir die Bestimmungen des Regulativs für die Friedensstiftung der Stadt Leipzig in einigen Puncten unter Zustimmung der Stadtverordneten abgeändert haben, bringen wir das abgeänderte Regulativ nachstehend zur allgemeinen Kenntniß.

§. 1. Der Zinsfuß des Stiftungscapitals von 60 000 ℳ wird auf 5 Procent jährlich festgesetzt. Die Zinsen laufen vom 1. Januar 1871 an.

§. 2. Die Zinsen werden verwendet zur Unterstützung solcher in Leipzig wohnhafter Invaliden und Angehöriger von Gefallenen, oder verstorbener Invaliden aus dem Kriege 1870/71, die einer Hülfe dringend bedürfen.

§. 3. Ueber die Gewährung der Unterstützung beschließt eine aus je 3 Mitgliedern des Raths und der Stadtverordneten zu bildende Deputation.

§. 4. Die Vertheilung der Unterstützungen findet regelmäßig alljährlich am Tage des Friedensschlusses statt; ausnahmsweise können Unterstützungen auch außer dieser Zeit nach dem Ermessen der Deputation gewährt werden.

§. 5. Ueber Einnahmen und Ausgaben wird der Rath alljährlich Rechnung ablegen.

§. 6. Abänderungen des Regulativs bleiben dem übereinstimmenden Beschlusse des Raths und der Stadtverordneten vorbehalten.

Leipzig, am 21. Juni 1875.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Koch. G. Mechler

### Versteigerung.

**Dienstag, den 17. December 1895, Vormittags 10 Uhr** sollen im Auctionslocale des hiesigen K. Amtsgerichts eine größere Partie verschiedene Briefmarken, landwirthschaftliche Bücher, ein Conversationslexicon, alte Münzen, Leihhausbillets, Anzughose, Telephonbaken und -Trichter, 1 Nähmaschine, Pianinos, 1 Geldschrank, 1 Kalipresse, 1 Papierschneidemaschine, 1 Federwagen, Dreh- und Hobelbänke, Möbel u. v. A. meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 14. December 1895.

**Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts das.**
Wache, Actuar.

### Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

**Mittwoch, den 18. December 1895, Abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkte.**

Tagesordnung:

I. Wahl von fünf unbesoldeten Stadträthen.

II. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Verfassungsausschusses über: Feststellung des Bebauungsplanes für das Areal zwischen Straße F, Rudolphplatz und der Thüringischen Eisenbahn, sowie ortsstatutarische Bauvorschriften für die zwischen dem Rudolphplatze, der Gothaischen und Eutritzscher Straße, sowie der Straße K und A, der Delitzscher Straße und den Straßen E und F gelegenen 13 Baublöcken.

III. Bericht des Finanzausschusses über: a. die Rechnung über den Pensions- resp. Unterstützungsfonds für Museums-Aufseher und deren Angehörige auf das Jahr 1894; b. Nachverwilligung zu Conto 1 Pos. 24 des diesjährigen Haushaltplanes.

IV. Bericht des Finanz- und Verfassungsausschusses über die Vorlage, betr. einen Entwurf eines Nachtrages zum Regulativ für die Gemeindeanlagen der Stadt Leipzig und die Eingabe des Bezirksvereins West-Leipzigs wegen Aenderung der städtischen Steuererhebung.

V. Bericht des Verfassungsausschusses über: a. die Eingabe des Vereins zur Hebung der Sittlichkeit wegen Erlasses eines polizeilichen Regulativs über Regelung des Schlafstellenwesens; b. Abänderung des Regulativs für die Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg.

### Nutzholz-Auction.

**Montag, den 16. December d. Js.** sollen von **Vormittags 9 Uhr** an im **Burgauer Forstrevière** auf dem Schlage in der sogenannten **Lindenauer Gohrge**, dicht am Fahrwege in Abth. 28a 161 **Eichen-Klötze** von 17—89 cm Mittenstärke u. 2—13 m Länge,
64 **Buchen-** " " 18—38 " " " 4— 9 " "
22 **Eichen-** " " 16—29 " " " 4— 7 " "
2 **Maßholder-** " " 22—32 " " " 5— 7 " "
29 **Rüstern-** " " 17—34 " " " 3—12 " "
2 **Erlen-** " " 17—19 " " " 4— 6 " "
1 **Linden** " " 28 " " " 6 " "
und 68 **Stück Eichen-Schirrhölzer**
unter den im Termine anzukündigenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

**Zusammenkunft:** auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 3. December 1895.

**Des Raths Forstdeputation.**

### Bekanntmachung.

**In vermiethen ist eine große Wohnung** im Erdgeschoß links des städtischen Hausgrundstücke **Simsonstraße Nr. 10**, bestehend aus 4 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, für 850 ℳ jährlich **vom 1. April 1896** ab.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 9 entgegengenommen.

Leipzig, den 25. October 1895.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Mörche.

Die **Materiallieferung** zur Herstellung des Kasernenhofes zu **Möckern**, 106. Regiment, und zwar
**Loos I 510,00 cbm Kies,**
" II 340,00 " **Steinkohlenschlacken**
soll im Wege öffentlicher Ausschreibung getrennt vergeben werden. Der Termin wird
**Donnerstag, den 19. d. M., Vorm. 10 Uhr**
im Geschäftszimmer des unterzeichneten Baubeamten, Alexanderstraße Nr. 10, I., abgehalten, woselbst die Bedingungen ꝛc. zur Einsichtnahme ausliegen.

**Der Königliche Garnison-Baubeamte.**

### Die städtische Sparcasse

beleiht **Werthpapiere** unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 1. Februar 1895.

**Die Sparcassen-Deputation.**

Die **städtische Sparcasse** zu **Markranstädt** verzinst die Einlagen **halbmonatlich** und zwar mit:
**3½ %.**
Expeditionszeit jeden Wochentag Vormittag von 9—12 Uhr mit Ausnahme des Sonnabends.

Sparverkehr im Monat October:
**136 115 ℳ 31 ₰** Einlagen und **62 831 ℳ 59 ₰** Rückzahlungen.

Disponible Gelder liegen zur Ausleihung gegen Bestellung von Hypothek oder Verpfändung mündelsicherer Werthpapiere, sowie gegen Verbürgung hier bekannter und zahlungsfähiger Personen jederzeit bereit.

**Sparcasse Markranstädt** im November 1895.

## Aus der Woche.

Q. Vier Tage hat bekanntlich der **Reichstag** mit der Etatsdebatte zugebracht. Dieser Zeitaufwand entspricht ungefähr dem Herkommen, aber nach dem Herkommen hätte die Debatte auch einen politischen Charakter tragen sollen, und das ist nicht der Fall gewesen. Wir haben schon erklärt, durch die Bemerkungen des Reichskanzlers über die Einheitlichkeit und die Initiative, will sagen die Nichtinitiative der Regierung nicht klüger geworden zu sein, und nach dem zu urtheilen, was alle anderen Blätter gesagt haben, scheint dies Verharren in dem früheren intellectuellen Zustand nicht auf die Unzulänglichkeit eben dieses Intellects zurückgeführt werden zu müssen. Es ist in der That auf die Zeit kein einziges Streiflicht gefallen und nur durch Schlußfolgerungen kann man zu der Ansicht eines Münchener Blattes gelangen, daß die Regierung es als ihre Hauptaufgabe betrachte, jedem Conflict mit dem Reichstage aus dem Wege zu gehen. Wenn Conflict hier in dem von den sechziger Jahren der bekannten Sinne verstanden wäre, so müßte man diese Politik billigen. Es ist aber so gemeint, daß die Regierung nichts zu wollen wagt, wovon sie nicht gewiß weiß, daß die Reichstagsmehrheit es auch will, und daß sie nicht verlangt, daß gewisse Parteien es mit ihren Forderungen ihr, der Regierung, gegenüber auch so halten.

Dabei denken wir natürlich nicht an das Verhältniß zur **Socialdemokratie**, der der Reichskanzler und der preußische Justizminister so entgegengetreten sind, wie die Lage es erheischt, energisch der jedenfalls, als die Rechte der bürgerlichen Parteien zusammengenommen. Aber es giebt auch andere Parteien, über deren Beziehungen zur Regierung in der Etatsdebatte etwas zu erfahren, man ein Recht gehabt hätte. So das **Centrum**. Es hat sich durch seinen Redner maßvoll, wie kaum jemals vorher, vernehmen lassen. Außer dieser Thatsache ist die andere zu constatiren, daß die Entscheidungen des Bundesraths über die vom Reichstage aus eigener Initiative gefaßten Beschlüsse dem Reichstage zugegangen sind, aber die Entscheidung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes sich nicht darunter befindet. Die Regierung sagt nicht ja und nicht nein, und die Centrumspresse könnte damit höchlich zufrieden sein. Sie ist es aber nicht, aber stellt sich wenigstens unzufrieden. Vielleicht will sie damit verbergen, daß sie mehr weiß als wir, nicht über das Jesuitengesetz, an dessen Beseitigung dem Ultramontanismus nicht viel gelegen ist, sondern über andere Dinge.

Dann sind die **Conservativen**. Sie sind in der Etatsdebatte nicht maßvoll, sondern geradezu timid aufgetreten, aber aus Gründen, unter denen sich Besorgniß vor der Energie der Regierung nicht befindet. Im Gegentheile treiben es die „Kreuzzeitung" und andere von den Conservativen resssortirende Blätter gerade jetzt wieder so schlimm wie nur je. Um sich über die Agrardemagogie auszulassen, hätte die Regierung nicht auf einen übrigens nicht ausgebliebenen Anlaß von agrarischer Seite zu warten brauchen; der Reichskanzler ist auch der Socialdemokratie entgegengetreten, ehe einer der Ihrigen das Wort ergriffen hatte. Aber es ist gar nichts erfolgt und nur aus dieser Zurückhaltung ist es zu erklären, wenn man sich jetzt in conservativen Kreisen mit der ungeheuerlichen Erwartung schmeichelt, die Regierung werde sich mit den Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Rußland in Verhandlungen wegen der Durchführung des Antrages Kanitz einlassen. Es ist undenkbar, daß das geschieht, aber der Wahn der extremen Agrarier ist charakteristisch für ihr Vertrauen in die Nachgiebigkeit der leitenden Kreise. Man denkt sich wohl: „Hat die Regierung den Bimetallisten durch die Anfrage, zunächst bei den Bundesregierungen, wegen einer Währungsconferenz ein agitatorisch verwerthbares Entgegenkommen gezeigt, warum sollte sie es nicht auch gegenüber den Entrepreneuren des Antrags Kanitz thun?" Die Sache kann ja zu nichts führen, aber wir behalten unsere durch den Plan der staatlichen Preisgarantie angelockten Leute beisammen und die können wir politisch gut gebrauchen." Bei dieser Rechnung ist nur Eins außer Acht gelassen. Da die Regierung erklärtermaßen den Antrag Kanitz erstens für wirthschaftlich unstatthaft, zweitens für undurchführbar hält, so hieße die Anknüpfung von Verhandlungen, deren Mißerfolg mit Sicherheit vorausgesehen wird, nichts Anderes, als bei der russischen und der österreichischen Regierung Unterstützung gegen eine Agitation suchen, der allein entgegenzutreten man nicht die Kraft fühlt. Für so „diplomatisch" halten wir selbst den Diplomaten an der Spitze der Reichsgeschäfte nicht.

Das Centrum, das sich mit der Regierung trotz des Jesuitengesetzes so gut steht, hat Mißhelligkeiten im eigenen Lager zu bestehen. Die schlesischen Führer wollen die Unterwerfung unter die großpolnische Agitation, deren Vertreter soeben in der Person des Herrn **Radwanski** Einlaß in der Centrumsfraction gefunden hat, nicht mitmachen; Graf Ballestrem und Dr. Porsch, beide einst namhafte Führer nicht der Provinzial-, sondern der Landespartei, und mit ihnen Andere treten aus dem Provinzialvorstande aus. Das wird für so manches Centrumsmitglied, das nicht radical ist und nicht geradezu auf Kosten des Deutschthums Sympathien für die Polen hegt, peinlich sein. Aber die heutigen Führer und noch mehr die unfaßbaren Führer dieser Führer werden die Entwickelung, natürlich unter der äußerlichen Bekundung tiefen Schmerzes, doch willkommen heißen; denn die Schädigung des Deutschthums ist eines der obersten Ziele des Ultramontanismus.

## Deutsches Reich.

□ **Berlin**, 14. December. Der **erste Congreß deutscher socialistischer Akademiker**, von dem das „Leipz. Tagebl." in seiner Nr. 539 Notiz genommen, ist, wie von einem Theilnehmer in der „Allgem. inen Deutschen Universitätszeitung" mitgetheilt wird, in Berlin abgehalten worden. Dieser Theilnehmer schildert zugleich den Eindruck, den der Congreß auf ihn gemacht hat; wir entnehmen der Schilderung Folgendes: „... Das Eine ist zweifellos, daß eine starke Gährung wirthschaftlich-socialistischer und politisch-freiheitlicher Tendenz sich in der heutigen Studentenschaft geltend macht, ob diese aber als Ganzes in das Fahrwasser der officiellen socialdemokratischen Partei einmündet, ist uns auf dem Congreß von Neuem zweifelhaft geworden. Und noch eine zweite merkwürdige Beobachtung haben wir gemacht. Schon bei der allgemeinen Partei-Agitation ist es wiederholt aufzufallen, wie leicht sich die Socialdemokratie stellenweise mit Temperenzlern, Vegetariern und ähnlichen Richtungen assimilirt. Dazu kommt vielfach ein Ton spießbürgerlicher Moral, der nicht gerade an eine revolutionaire Umsturzpartei gemahnt. Wenn die Parteipresse heutzutage, was sie ja mit Vorliebe thut, Scandalgeschichten aus der Bourgeoisie ausschlachtet, so vergißt sie plötzlich alle materialistische Geschichtsauffassung, nach der sie jene höchstens als Symptome socialer (z. B. fequeller) Mißstände auch in bürgerlichen Kreisen seciren dürfte, und stellt sich auf das erhabene Piedestal des tugendsamen Pharisäers: „Seht, wir „Rotte" sind doch bessere Menschen. Dieser Geist unduldsamer Philistermoral und lebensfeindlicher Askese fand auch unter den studentischen Mitgliedern des Congresses Widerhall, wo er wahrhaft verblüffend wirkte; seinen Höhepunct erreichte er in einem von mehreren Stimmen unterstützten Antrag auf förmliche Controle des Lebenswandels, dessen Hauptregel in einer ganzen Schaar von Paragraphen niedergelegt waren und unter anderem verlangten (was die Antragsteller selbst auch bethätigten), daß ein socialdemokratischer Student keinen Alkohol genieße, kein Weib berühre ꝛc. Wenn erst solche rückständigen Anschauungen gewisser Volkskreise in der Partei sich geltend machen, dann wird, glauben wir, der Student noch weniger für sie zu haben sein, als sie." Diese Moral ist jedenfalls aus Bebel's Werken nicht gefloßen.

* **Berlin**, 14. December. Der Streik in der **socialdemokratischen Buchdruckerei von Maurer & Dimmick** beschäftigte am Donnerstag eine **Buchdruckerversammlung**. Einer der Streikenden constatirte, daß bei der Arbeitsniederlegung **sämmtliche Arbeiter Lohnrückstände** bis zu 100 ℳ hatten, die ihnen nun (!) ausgezahlt wurden. Es hätten Zustände dort geherrscht, wie sie in capitalistischen Buchdruckereien nie herrschen können, weil man sich dieselben dort einfach nicht gefallen ließe. Die Forderungen der Streikenden seien: 1) Einstellung von zwei Maschinenmeistern an Stelle eines (zum Bedienen von fünf Maschinen). 2) Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit. 3) Lohnzahlung nach den alten Bedingungen, und zwar pünctlich jeden Sonnabend. 4) Stricte Befolgung der Arbeiterschutzgesetze, die, obwohl Maurer ein Arbeitgeber-Gewerbegerichtsbeisitzer (!) sei, dort beinahe gar nicht respectirt würden. Vom Setzer Moritz und dem Buchbinder Schmidt wurde auch behauptet, der Geschäftsführer Wagner behandele die Arbeiterinnen unwürdig. Giesecke meinte, bei Maurer & Dimmick könne man so recht sehen, daß Arbeiter, die durch die Arbeiter selbst sich eine Position geschaffen, die schlimmsten Ausbeuter würden und ihre Arbeitnehmer am brutalsten behandelten. Sonnenburger constatirt, daß Maurer & Dimmick, die von der Gnade der Arbeiter lebten, die schlimmste Ausbeutung von Lehrlingen und Mädchen ausübten, indem sie diese im ausgedehnten Maßstabe Sonntags- und Ueberstundenarbeit machen ließen; das Schönste dabei sei, daß Dimmick Mitglied der Organisation, ja sogar der Agitationscommission sei. (Große Unruhe.) Dimmick spricht unter großem Lärm. Er theilt mit, daß er die Streikenden nicht wieder einstellen werde, weil er bereits durch Organisirte Ersatz gefunden habe (große Unruhe), die er nicht wieder hinauswerfen werde, denn diese arbeiteten unter den von ihm gestellten Bedingungen (Unruhe). Diese Bedingungen empfehle er den Anwesenden zur Gutheißung. Sollten dieselben nicht angenommen werden, so werde er weitere Maßregeln treffen. Seine Bedingungen lauteten: Um concurrenzfähig bleiben zu können, kann die Firma nur Folgendes bewilligen: 1) Abstellung der gerügten Mißstände, 2) Pünctliche Lohnzahlung, 3) Anfangs-Wochenlohn von 27 ℳ bei neunstündiger Arbeitsdauer. 4) 33⅓ Proc. Localzuschlag für Accordarbeit. — Das Auftreten des „Genossen" Dimmick in der Versammlung wurde von den Anwesenden als anmaßend, ja geradezu als „frech" bezeichnet. Es wird beschlossen, die Regelung des Streiks, beziehungsweise die weiteren Verhandlungen, auf Grund der neuerdings gemachten beiderseitigen Erklärungen dem Vereins-Vorstande zu überlassen. — So berichten die bürgerlichen Blätter. Der „Vorwärts" unterschlägt natürlich nie für die Sache charakteristischen Einzelheiten. Typisch für das von dem socialdemokratischen Centralorgan geübte Vertuschen des ihm Peinlichen ist folgende Stelle aus dem Bericht:

„Im Allgemeinen wurde die Geschäftsgebahrung von Maurer & Dimmick einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Weniger tadelte man die Thätigkeit des dortigen Geschäftsführers Wagner."

Echt zukunftsstaatliche Berichterstattung! Schließlich theilt das Blatt mit, daß die Differenzen durch Eingreifen der betreffenden Organisationen ihre Erledigung gefunden hätten. Das ausständige Personal sei gestern Mittag an seine Plätze zurückgekehrt.

* **Berlin**, 14. December. Der bekannte Conflict zwischen dem Bürgermeister Kummer von Colberg und dem Regierungspräsidenten von der Reck fand gestern vor dem 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts unter Vorsitz seines Präsidenten, Wirkl. Geheimraths Persius, seinen Abschluß. Bürgermeister Kummer zu Colberg hatte, wie erinnerlich sein wird, den Saal des der Stadt gehörigen Strandschlosses zur Abhaltung einer Versammlung, in welcher der Abgeordnete Bebel sprechen sollte, dem socialdemokratischen Arbeiterverein bewilligt, nachdem wiederholt derselbe Saal den Angehörigen anderer Parteien für politische Versammlungen freigegeben worden war. Als er von dem Regierungspräsidenten zur Rechtfertigung seines Verhaltens aufgefordert wurde, kam er diesem Ansinnen in einem Schreiben nach, welches nach der Ueberzeugung des Bürgermeisters nicht in unangemessenem Tone gehalten war. Bürgermeister Kummer wurde hierauf von dem Regierungspräsidenten auf Grund der §§ 15 und 19 des Disciplinarstrafgesetzes vom 21. Juli 1852, in Verbindung mit § 20 des Zuständigkeitsgesetzes, in eine Geldstrafe von 90 ℳ genommen. Er hat gegen diese Verfügung den Rechtsweg beschritten und beim Oberverwaltungsgericht die Aufhebung derselben beantragt, nachdem eine an den Oberpräsidenten von Pommern eingelegte Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen worden war. In der Verhandlung wurde der Kläger durch den Stadtrath Broschwitz aus Colberg, die Regierung durch den Regierungsrath Dieterici vertreten. Nach längerer Berathung verkündete der Vorsitzende Oberverwaltungsgerichtspräsident Persius den Gerichtsbeschluß, welcher, wie schon telegraphisch gemeldet, dahin lautete, daß die Klage auf Aufhebung der Verfügung des Regierungs-Präsidenten und Ober-Präsidenten zurückzuweisen, die Ordnungsstrafe in der Höhe von 90 ℳ aufrecht zu erhalten und die Kosten des Verfahrens dem Kläger aufzuerlegen seien. Aus der Begründung des Urtheiles ist hervorzuheben, daß eine Partei, deren Zwecke und Bestrebungen gegen die Grundlagen des Staates gerichtet seien, unter keinen Umständen eine Begünstigung durch irgend einen Beamten erfahren dürfe. Dies sei aber durch den Kläger geschehen, denn die Ueberlassung des Saales sei geeignet gewesen, eine zahlreiche Versammlung zu ermöglichen. Mit dem Grundsatz, „Gleiches Recht für Alle", habe das Verhalten des Klägers nichts zu thun.

Y. **Berlin**, 14. December. (Telegramm.) Der **Kaiser** fuhr gestern Nachmittag nach der Jagd im Grunewald mit dem **Prinzen Georg von Sachsen** nach dem hiesigen Königl. Schlosse und geleitete seinen hohen Gast in dessen Absteigequartier, die Terrassen-Wohnung des Schlosses. Abends 6½ Uhr empfing der Kaiser den Minister des Innern